

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 25

vom 27. Juni 2014

Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST!.....	3
Krankenhaus-Investitionen bleiben bundesweit spitze	5
GMK fordert neue Versorgungsmodelle für den ländlichen Raum und altersgerechte Medizin	7

Umwelt

„UnternehmensNatur Hamburg“: Neue Wege für biologische Vielfalt	11
---	----

Wissenschaft und Forschung

Bundestagung zur EU-Forschungsförderung in Hamburg.....	13
Strategische Perspektiven der Hamburgischen Hochschulen.....	15

Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Startschuss zum gemeinsamen Holzbaupreis 2015 der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg ...	17
Stärkung der Innovationsfähigkeit, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, verlässliche Perspektiven für den Hafen.....	19
„Die Hamburg Port Authority“ unterstützt als Mitglied die Nationale LNG Initiative „Maritime LNG Plattform“ Aktiver Umweltschutz und sauberere Transportwege durch LNG.....	21

Haushalt und Finanzen

Senat beschließt Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2015/2016 und Finanzplanung bis 2018	24
--	----

Justiz

Justizsenatorin Jana Schiedek will Stiftungsrecht überarbeiten	25
Justizminister wollen Stiftungsrecht überarbeiten	27
Justizministerinnen und Justizminister vereinbaren verstärktes Vorgehen gegen Cybermobbing	29

Kultur

Festival „Spurensuche“ im Fundus Theater	30
--	----

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Neubauwohnprojekt startet im Harburger Binnenhafen 31

Zur Information

Terminkalender 33

24. Juni 2014/bgv24

BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST!

Start der Hamburger Cannabis-Präventionskampagne

Der Anteil der Jugendlichen in Hamburg zwischen 14 und 17 Jahren, die Cannabis konsumieren, ist von rund 11 Prozent im Jahr 2009 auf etwa 17 Prozent im Jahr 2012 gestiegen. Das geht aus den Ergebnissen der Schüler- und Lehrerbefragungen zum Umgang mit Suchtmitteln (SCHULBUS) hervor. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, das Büro für Suchtprävention und das SuchtPräventionsZentrum der Behörde für Schule und Berufsbildung starten deshalb eine Kampagne gegen den Konsum und die Verharmlosung von Cannabis. Mit „BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST!“ soll über Gefahren des Cannabiskonsums informiert und zugleich ein kritischer Diskurs über Cannabis angestoßen werden.

„Der steigende Cannabiskonsum von Jugendlichen ist, in Hamburg wie auch in anderen Metropolen, ein besorgniserregender Trend. Insbesondere bei Jüngeren können die gesundheitlichen Schäden durch das Kiffen verheerend sein“, so **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wir starten deshalb gemeinsam mit Jugendlichen eine Kampagne, um diesem Trend und Verharmlosungstendenzen entgegenzuwirken.“

Neben der Suchtgefahr kann der problematische Cannabiskonsum das Unfallrisiko erhöhen, zu kognitiven Störungen, wie z.B. Störungen bei Lern- und Gedächtnisleistungen führen. Bei regelmäßigem Konsum über mehrere Monate können sich psychosomatische Entzugsserscheinungen einstellen und bei jungen Menschen scheint es einen Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und psychotischen Störungen zu geben. Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass der regelmäßige Konsum besonders im frühen Jugendalter zu gesundheitlichen, schulischen, beruflichen, finanziellen und familiären Problemen führt.

Das Herz der Kampagne ist ein Wettbewerb, bei dem Jugendliche über einen Zeitraum von ca. 12 Wochen eigene Beiträge (Video-Clips, Plakate, Aktionen, etc.) im Internet hochladen und sich ernsthaft, kritisch und möglichst geistreich mit den Themen Cannabis und Kiffen auseinandersetzen können. Sämtliche Beiträge werden dann zum einen von Besuchern der Website bewertet. Zum anderen wird eine Fachjury am Ende des Zeitraums die Gesamtgewinner küren.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Es ist mir wichtig, dass wir mit der Präventionskampagne nachhaltig und glaubwürdig unter Beteiligung von Jugendlichen dem Cannabiskonsum offensiv entgegentreten. Deshalb wollen wir die Jugendlichen aktiv einbeziehen. Eltern und Fachkräfte sollen informiert und gleichzeitig befähigt werden, sich mit ihren Kindern informiert und auf Augenhöhe über das Thema Kiffen auseinander zu setzen.“

Für Eltern und Fachkräfte wurde unter www.bleib-stark.com ein spezielles und umfangreiches Internetangebot eingerichtet. Zusätzlich wurden jeweils auf einem Faltblatt für Eltern bzw. Fachkräfte die wesentlichen Informationen zu Risiken, Wirkungen und Gesetzeslage zusammengefasst.

Sämtliche Informationen und Materialien zu BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST! stehen online unter www.bleib-stark.com zur Verfügung. Zur Bewerbung der Kampagne werden Plakate, Postkarten u.a. an allen weiterführenden Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit und den Hamburger Kinos verteilt. Ein Trailer bewirbt den Wettbewerb ebenfalls in Hamburger Kinos. Mit den Jugendlichen wird online diskutiert auf www.facebook.com/bleibstarkhh und <https://www.youtube.com/user/bleibstarkhh>.

Für den Hintergrund:

29,3 % der 14 bis 17-jährigen in Hamburg haben schon einmal gekifft.

16,9 % der 14 bis 17-jährigen gehören zu der Gruppe der aktuellen Kiffer

7,1 % der Jugendlichen in Hamburg haben einen problematischen Cannabiskonsum.

Quelle: Schüler- und Lehrerbefragungen zum Umgang mit Suchtmitteln (SCHULBUS) 2012

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

25. Juni 2014/bgv25

Krankenhaus-Investitionen bleiben bundesweit spitze

Haushaltsplan-Entwurf der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz vorgestellt

Im Haushaltsplan-Entwurf der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) sind Gesamtausgaben in Höhe von 458 Mio. Euro (2015) bzw. 469 Mio. Euro (2016) vorgesehen. Absenkungen gegenüber 2014 resultieren aus einem Vorziehen von Krankenhaus-Investitionen auf 2014 und der Übertragung von Mitteln für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten in den Haushalt der Finanzbehörde. Die nur im geringen Umfang steuerbaren gesetzlichen Leistungen bleiben der größte Posten im Haushalt der BGV und sind weiter bedarfsgerecht veranschlagt. Die Krankenhaus-Investitionen bleiben hoch und werden noch 2014 um weitere 30 Mio. Euro erhöht.

Die gesetzlichen Leistungen im Einzelnen:

- Größte Ausgabeposition sind die Hilfen zur Pflege mit einer Summe von rund 203 Mio. Euro im Jahr 2015 bzw. 208 Mio. Euro in 2016.
- Die Kosten für den Maßregelvollzug steigen gegenüber der Veranschlagung 2014 um rund zwei Mio. auf knapp 34 Mio. Euro (2015) bzw. 36 Mio. Euro (2016).
- Auch die Mittel der Eingliederungshilfe für Suchtkranke sind mit rund 16,5 Mio. Euro (2015) bzw. 17,5 Mio. Euro mit ihrer Steigerung realistisch veranschlagt.

Die Krankenhausinvestitionen, die fast ein Viertel der Gesamtausgaben ausmachten, werden in Höhe von rund 91 Mio. Euro p.a. auf hohem Niveau fortgesetzt. Zu beachten ist ferner, dass durch Senatsbeschluss vom 24. Juni noch im Haushalt von 2014 der Gesundheitsbehörde die Krankenhausinvestitionen um fast 30 Mio. Euro erhöht werden sollen. Damit werden in den vergangenen Jahren bewilligte Baumaßnahmen ausfinanziert, so dass die Mittel in 2015 und 2016 wieder für neue Maßnahmen zur Verfügung stehen. Hamburg bleibt damit bundesweit Spitze bei den Krankenhausinvestitionen und bekennt sich auch bei einer nachhaltigen Haushaltsführung weiter zur Gesundheitsmetropole Hamburg.

Weitere Schwerpunkte des Haushaltsplan-Entwurfes:

- Die Schwangerschaftskonfliktberatung wird mit rund 2 Mio. Euro gefördert.
- Die Zuwendungen für die Träger im Bereich Drogen und Sucht mit rd. 18,6 Mio. Euro und in der Gesundheitsförderung und Prävention mit rund 3 Mio. Euro in bisheriger Höhe fortgesetzt.
- Die Verbraucherzentrale wird weiter mit rd. 850.000 Tsd. Euro gefördert.
- Auch die für die Stadt erbrachten Leistungen des Hamburgischen Tierschutzvereins werden mit knapp zwei Mio. Euro weiterhin bedarfsgerecht finanziert.

- Zuführungen an das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) schlagen mit rund 14 Mio. Euro zu Buche.
- Personalausgaben der BGV werden in Höhe von rund 36 Mio. Euro abgebildet (ohne Versorgungsleistungen).

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt, Tel.: 42837 - 2332,

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

27. Juni 2014/bgv27

GMK fordert neue Versorgungsmodelle für den ländlichen Raum und altersgerechte Medizin

87. Gesundheitsministerkonferenz in Hamburg fasst Beschlüsse zur zukünftigen Ausrichtung der Gesundheitsversorgung

Die 87. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) hat auf ihrem zweitägigen Treffen in Hamburg darüber beraten, wie die gesundheitliche Versorgung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels neu ausgerichtet werden muss. Unter Vorsitz von Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks beschlossen die für Gesundheit zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder im Beisein von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe eine Strategie für die nächsten 15 Jahre zum diesjährigen Schwerpunktthema Gesundheit und Demografie. Darin sprechen sie sich unter anderem für mehr Prävention und Gesundheitsförderung, eine Stärkung der Allgemeinmedizin und eine stärkere Ausrichtung auf ambulante Versorgung und Pflege aus.

„Die älterwerdende Gesellschaft stellt unser Gesundheits- und Pflegesystem schon jetzt vor große Herausforderungen. Wir brauchen völlig neue Modelle der Gesundheitsversorgung für den ländlichen Raum und eine altersgerechte Medizin“, sagte die Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz, **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. Um die Versorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen, schlugen die Gesundheitsministerinnen und –minister u.a. Gesundheitshäuser, in denen Ärztinnen und Ärzte temporär Sprechstunden abhalten, und den Ausbau von mobilen Arztpraxen vor. Die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie den verschiedenen Gesundheitsberufen untereinander muss intensiviert werden.

Der **saarländische Gesundheitsminister Andreas Storm** ergänzt: „Wir müssen konkrete Maßnahmen für eine demografiegerechte Versorgung erarbeiten, um mehr Planungssicherheit zu erreichen und die gesundheitliche Versorgung ganzheitlich auszurichten. Dazu ist es erforderlich, dass wir die Sektorengrenzen überwinden. Die ambulante und die stationäre Versorgung, aber auch Rehabilitation und Pflege müssen stärker miteinander kooperieren.“

Durch den demografischen Wandel wird auch die Behandlung älterer Menschen für die Krankenhäuser von wachsender Bedeutung. Ältere Menschen haben oft mehrere und chronische Erkrankungen. Das erfordert komplexe und fachübergreifende Behandlungsstrategien. Gerade deshalb muss auch die medizinische Versorgung teamorientierter über medizinische Fachgrenzen hinaus ausgerichtet werden. Die GMK hält die Errichtung von geriatrischen Institutsambulanzen für einen wichtigen Baustein und bittet das BMG, darauf hinzuwirken, dass die Selbstverwaltung bis zum Jahresende dafür die Voraussetzungen schafft.

Neben einer besseren Verteilung der Ärztinnen und Ärzte und stärkeren Kompetenzen der Länder bei der Bedarfsplanung sei insbesondere eine Stärkung der Allgemeinmedizin notwendig. Das müsse

schon im Medizinstudium beginnen durch eine Verankerung der Allgemeinmedizin als Kernfach im Studium, Famulaturen bei Hausärztinnen und –ärzten und einem Pflichtquartal im Praktischen Jahr.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Im Moment bilden wir 90 Prozent Fachärztinnen und –ärzte und 10 Prozent Allgemeinmediziner aus. Wenn wir nicht gegensteuern, dann gehen uns nicht nur in den ländlichen Regionen die Hausärztinnen und –ärzte aus.“

Die Hamburger Gesundheitssenatorin wies darauf hin, dass es große Übereinstimmungen zwischen den Vorschlägen der GMK und des Gutachtens des Sachverständigenrates für das Gesundheitswesen gebe, das vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde und die Versorgung im ländlichen Raum als Schwerpunkt hat.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Wir haben unabhängig voneinander die selben Probleme und Lösungen gesehen. Es ist zu hoffen, dass Bundesgesundheitsminister Gröhe diese doppelte Botschaft in seine weiteren Planungen einbezieht.“

Unterstützung vom Sachverständigenrat kam auch für eine andere Forderung der Länder, die diese auf der GMK erneuerten: Ein Umstrukturierungsfonds, mit dem nicht mehr bedarfsnotwendige Krankenhäuser in Gesundheitszentren mit ambulanter, rehabilitativer und pflegerischer Versorgung umgewandelt werden sollen.

Die Länder halten auch mit Blick auf die demografische Entwicklung ein **Gesundheitsförderungs- und Präventionsgesetz** für dringend geboten. In die Konzeption des Gesetzes sollen bisherige erfolgreiche Ansätze auf Länderebene einfließen. Prävention und Gesundheitsförderung müsse sich über alle Altersstufen erstrecken und vor allem in den lokalen Lebenswelten stattfinden. An der Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sollen sich nach Auffassung der GMK alle Sozialversicherungsträger beteiligen – auch die private Krankenversicherung. Präventionsausgaben müssten deutlich erhöht werden. Sie drängen insofern auf eine zügige Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zu diesem Punkt.

Intensiv begleitet die GMK die Situation der **freiberuflichen Hebammen in der Geburtshilfe**. Die Länder halten über die bereits eingeleiteten kurzfristigen Maßnahmen des Bundes hinaus weitere langfristig ausgerichtete strukturelle Änderungen zur Lösung der Haftpflichtproblematik für erforderlich. Die GMK begrüßt die Zusage des Bundesgesundheitsministers, dass er die Länder laufend über seine Vorschläge unterrichten will.

Auf der Tagesordnung des zweitägigen Ministertreffens standen über 30 Anträge. Einige der weiteren Beschlüsse in der Übersicht:

Eckpunkte zur Überprüfung der für die Berufsausübung erforderlichen Deutschkenntnisse in akademischen Heilberufen

Wer als ausländischer Arzt, Psychotherapeut oder Apotheker in Deutschland tätig werden will, muss dafür über ausreichende Kenntnisse sowohl in der Umgangssprache als auch in der Fachsprache verfügen. Die Gesundheitsministerkonferenz hat sich auf ein einheitliches Überprüfungsverfahren der Sprachkenntnisse verständigt.

Ärzte, Zahnärzte und Apotheker müssen sich mit Patientinnen und Patienten mühelos verständigen, Anamnesen erheben und über Vor- und Nachteile von Behandlungen und Behandlungsalternativen aufklären können. Gegenüber Kolleginnen und Kollegen müssen sie sich klar ausdrücken können, damit Fehldiagnosen und falsche Therapieentscheidungen aufgrund von Verständnisfehlern ausgeschlossen sind. Dazu müssen sie ein allgemeines Sprachniveau B2 und ein Fachsprachenniveau C1 nachweisen. Bei Psychotherapeutinnen und -therapeuten, deren Therapiemittel die Sprache ist, sind die Anforderungen entsprechend höher. Die Länder sind für Überprüfungen der Sprachkenntnisse und Erteilung einer Approbation zuständig.

Patientensicherheit

Die Länder wollen die Sicherheit der Patientinnen und Patienten verbessern. Sie setzen sich deshalb dafür ein, dass das im Aufbau befindliche, bundesweit tätige Qualitätsinstitut in seinen Erhebungen Kriterien verstärkt berücksichtigt, die es erlauben, Krankenhäuser nach der Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu bewerten. Die Krankenhäuser sollen diese Zahlen in ihren Qualitätsberichten veröffentlichen. Außerdem fordert die GMK, dass in allen Gesundheitsberufen das Thema Patientensicherheit als Ausbildungs- und Prüfungsgegenstand stärker verankert wird. Die Länder sprechen sich auch für eine öffentliche Förderung des Aktionsbündnisses Patientensicherheit aus.

Qualität in der Krankenhausplanung

Die Bundesregierung will Qualität als weiteres Kriterium für Entscheidungen der Krankenhausplanung gesetzlich einführen. Dies gibt den Ländern die Möglichkeit, Bedingungen, z.B. für Strukturqualität, für die Aufnahme und den Verbleib von Krankenhäusern im Krankenhausplan zu stellen. Die Länder wollen gemeinsam eine qualitätsorientierte Krankenhausplanung entwickeln.

Zahngesundheit bei Kleinkindern

Deutlich ausbauen wollen die Länder die zahnmedizinische Früherkennung bei Kleinkindern. Die derzeitigen Untersuchungen erst ab dem 30. Lebensmonat seien deutlich zu spät. Zahnärztliche Früherkennungsuntersuchungen sollten mit den Kinderuntersuchungen U6 (10. bis 12. Lebensmonat) und U7 (21. bis 24. Lebensmonat) vernetzt und in das „gelbe Heft“ aufgenommen werden.

Multiresistente Krankheitserreger

Entsprechend einem Hamburger Modellprojekt sollen Patientinnen und Patienten mit besonderem Infektionsrisiko vor einer Krankenhausaufnahme auf bestimmte multiresistente Krankheitserreger (MRGN) getestet werden. Die GMK bittet die Bundesregierung, dafür die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Behandlungszentren für Menschen mit schwerer Behinderung

Für erwachsene Patientinnen und Patienten mit geistiger oder schwerer körperlicher Behinderung sollen ambulante medizinische Behandlungszentren geschaffen werden. Dazu soll ein neuer Paragraph im SGB V geschaffen werden. Bisher fehlen für solche Einrichtungen, wie sie zurzeit beispielsweise in Hamburg durch die Evangelische Stiftung Alsterdorf geschaffen wird, die gesetzlichen Grundlagen.

Hintergrund

Die Gesundheitsministerkonferenz ist eine der Fachministerkonferenzen der Länder und besteht seit über 60 Jahren. Ihr gehören die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister sowie die Gesundheitssenatorinnen und Gesundheitssensoren der Länder an. Der Bundesgesundheitsminister ist ständiger Gast der GMK. Der Vorsitz der GMK wechselt jährlich – nach Hamburg wird im kommenden Jahr Rheinland-Pfalz Vorsitzland. Die Beschlüsse der 87. Gesundheitsministerkonferenz stehen in Kürze unter <https://www.gmkonline.de> zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

23. Juni 2014/bsu23

„UnternehmensNatur Hamburg“: Neue Wege für biologische Vielfalt

Neues Kooperationsprojekt unterstützt bei der naturnahen Gestaltung von Firmengeländen

Die Handelskammer Hamburg, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Hamburg und die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) haben gemeinsam das Projekt „UnternehmensNatur Hamburg“ ins Leben gerufen und heute eine entsprechende Rahmenvereinbarung unterzeichnet.

„Mit dem neuen Projekt unterstützen wir Unternehmen bei der naturnahen Gestaltung ihres Firmengeländes. Die Unternehmen tragen so zum Erhalt der Artenvielfalt bei und positionieren sich als nachhaltige und naturbewusste Betriebe“, erklärte Hauptgeschäftsführer Prof. Hans-Jörg Schmidt-Trenz die Motivation der Handelskammer. Konkret könne das für Unternehmen bedeuten, auf ihren Freiflächen die Pflege zu extensivieren, Versiegelung zu minimieren, heimische Pflanzen und Gehölze zu verwenden oder Brut- und Nistkästen für Vögel, Fledermäuse und Insekten bereitzustellen, so Alexander Porschke, Vorsitzender des NABU Hamburg. „Durch die Schaffung geeigneter Lebensräume für Tiere und Pflanzen kann innerhalb kürzester Zeit eine ganz eigene und spezifische Art von Natur entstehen. Wir beraten daher Betriebe zu möglichen Maßnahmen und helfen bei der Umsetzung“.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) unterstützt die neue Kooperation zwischen der Handelskammer und dem NABU: „Mit UnternehmensNatur wird bislang nicht genutztes ökologisches Potenzial in Hamburg ausgeschöpft. Um das zu fördern, können sich Unternehmen bei uns zu den rechtlichen Rahmenbedingungen einer naturnahen Flächengestaltung informieren“, so Holger Lange, Staatsrat der BSU.

Artenschwund und der Verlust der biologischen Vielfalt sind auch in Hamburg ernste Probleme. In der Stadt weitere naturnahe Flächen über größere Räume verteilt zu schaffen, heißt ökologische Trittsteine zu entwickeln. Die wiederum vernetzen vorhandene Grünanlagen und Naturschutzgebiete und bieten damit vielen Arten bessere Lebensbedingungen. Betriebs- und Industriegelände sind in Hamburg aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Flächengrößen dafür besonders geeignet. Durch das freiwillige Engagement von Unternehmen lassen sich hier ökologisch wertvolle Lebensräume schaffen. Davon profitieren Natur und Mensch. Mitarbeiter können während der Pausen Natur vor dem Werkstor erleben und oder sich im Rahmen von Aktionstagen selbst an der naturnahen Umgestaltung beteiligen.

Kontakt

- **Handelskammer Hamburg**, Dr. Jörn Arfs,
Tel: 040-36138-01, joern.arfs@hk24.de,
- **NABU Hamburg**, Bernd Quellmalz,
Tel: 040-697089-12, Quellmalz@NABU-Hamburg.de
- **Behörde für Stadtentwicklung u. Umwelt**, Volker Dumann,
Tel: 040-428.45-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de.

24. Juni 2014/bwf24

Bundestagung zur EU-Forschungsförderung in Hamburg

Hamburg bei Einwerbungen pro Einwohner aus 7. EU-Forschungsrahmenprogramm im Bundesvergleich auf viertem Platz

An der Universität Hamburg findet am 25. und 26. Juni die 26. KoWi-Bundestagung zur EU-Forschungsförderung statt. Die KoWi (Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen) ist die gemeinsame Serviceplattform der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen, die sich im "Verein zur Förderung der europäischen und internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit e.V." zusammengeschlossen haben. Sie wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert und unterhält Büros in Bonn und Brüssel. Zu der Tagung werden rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet sowie Redner von der Europäischen Kommission in Brüssel. Sie sind am Mittwochabend von Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt zu einem festlichen Senatsempfang im Hamburger Rathaus u.a. mit einem Science Slam durch Hamburger Wissenschaftler eingeladen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Hamburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben aus dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm rund 240 Millionen Euro an Zuwendungen eingeworben. Es ist damit das erfolgreichste EU-Förderprogramm für Hamburg. Bei den Einwerbungen pro Einwohner liegt Hamburg im Bundesvergleich auf Platz vier in der Spitzengruppe. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass Hamburgs Forschung stark aufgestellt ist.“ Der Präsident der Universität Hamburg, **Prof. Dr. Dieter Lenzen**: „Wir freuen uns, dass die Tagung zum wiederholten Male an der Universität Hamburg stattfindet. Gerade in den letzten beiden Jahren waren unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehr erfolgreich bei der Einwerbung europäischer Fördermittel und haben zahlreiche Starting und Advanced Grants gewinnen können. Damit ist die Universität Hamburg deutschlandweit eine der erfolgreichsten Universitäten in diesem Bereich.“

Die Bundestagung ist ein jährliches Forum für den Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch zum EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Sie gibt Einblicke in die aktuellen Entwicklungen des Europäischen Forschungsraums. Ein Fokus wird auf dem neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon 2020“ liegen, das Anfang 2014 gestartet ist und erstmalig alle forschungs- und innovationsrelevanten Förderprogramme der Europäischen Kommission zusammenführt.

Zur Teilnahme an der Tagung und für die Impulsreferate und Diskussionen haben hochrangige Repräsentantinnen und Repräsentanten der europäischen Institutionen, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der zuständigen Länderministerien sowie der Forschungs- und Fördereinrichtungen zugesagt.

Das Tagungsprogramm ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Universität Hamburg

Christiane Kuhrt

Referentin des Präsidenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 040/42838-1804

E-Mail: Christiane.kuhrt@hvn.uni-hamburg.de

27. Juni 2014/bwf27

Strategische Perspektiven der Hamburgischen Hochschulen

Profilbildung, Forschungstransfer und Qualität der Lehre im Fokus

Wissenschaft und Forschung sind zentrale Faktoren für die gesellschaftliche Entwicklung und den künftigen Wohlstand von Metropolen im 21. Jahrhundert. Aufgabe des Staates ist es, für sichere Entwicklungsperspektiven zu sorgen, auf deren Grundlage Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wegweisende Ideen entwickeln und umsetzen können. Der von der Wissenschaftsbehörde in den vergangenen Monaten erarbeitete Entwurf strategischer Perspektiven der Hamburgischen Hochschulen liegt den Präsidenten der staatlichen Hochschulen jetzt vor, um eine Diskussion in den Gremien zu ermöglichen. Die Wissenschaftsbehörde wird die Stellungnahmen im weiteren Verfahren berücksichtigen und das Papier nach Beschluss durch den Senat der Bürgerschaft zuleiten.

Die Autonomie der Hochschulen ist ein unabdingbares Element für deren erfolgreiche Entwicklung. Das Papier soll dem gemeinsamen Verständnis des Senats und der Hochschulen Rechnung tragen, wonach das Erreichen von wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen nur im partnerschaftlichen Verhältnis von Senat und autonomen Hochschulen gewährleistet werden kann. Die Überlegungen untergliedern sich in folgende Kapitel

- Studium, Lehre, Lebenslanges Lernen
- Forschung und Transfer
- Internationalisierung
- Profilbildung
- Gleichstellung und Familienfreundlichkeit
- Faire Arbeitsbedingungen für gute Wissenschaft
- Exzellente Infrastruktur für Lehre, Forschung und Studium

Im Zuge dieses Entwicklungsprozesses soll unter anderem der Wissenschaftsrat damit beauftragt werden, die MINT-Bereiche (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technikwissenschaften) der Universität Hamburg, der Technischen Universität Hamburg-Harburg, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der HafenCity Universität zu begutachten. Mit der Klimaforschung und der Strukturforschung verfügt Hamburg hier bereits über zwei international beachtete Exzellenzschwerpunkte. Mit der externen Potentialanalyse soll das MINT-Profil in Hamburg weiter geschärft werden können.

Der Entwurf ist im Internet unter

<http://www.hamburg.de/bwf/nofl/4335230/2014-05-15-bwf-strategische-perspektiven-hochschulen/>

einzusehen.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Medien-Information

25. Juni 2014

bwvi25

Startschuss zum gemeinsamen Holzbaupreis 2015 der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

Das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg geben gemeinsam den Startschuss für den großen Holzbaupreis im Norden. Unter dem Motto „Bauen mit Holz“ können Architekten, Ingenieure und Unternehmer ihre modernen Bauten zum Wettbewerb melden. Der letzte Termin zur Abgabe ist am 15. Dezember 2014. Der ausgeschriebene Preis soll die Weiterentwicklung von Holz als nachhaltigen Baustoff fördern. Er ist mit einem Preisgeld von 7.500 € dotiert.

Ziel des vom Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, des Landesbeirats für Forst- und Holzwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein und der freien und Hansestadt Hamburg ausgelobten Wettbewerbs ist eine Darstellung realisierter Bauprojekte in der Öffentlichkeit. Nach Meinung des Landesbeirats sind Aufklärungsarbeit und Information wesentliche Voraussetzungen für den vermehrten Einsatz von Holz als Baustoff und dient dem Ziel weitere Absatz- und Verwendungsmöglichkeiten insbesondere für das heimische Holz zu erschließen. Über die angestrebte Dokumentation des Wettbewerbs werden die Bürger im Norden die Möglichkeit bekommen, sich über die multiplen Einsatzmöglichkeiten des einzigartigen Rohstoffs zu informieren. Um dies zu gewährleisten können zum Wettbewerb sowohl Bauten in der Kategorie „Neubau“ als auch in der Kategorie „Bauen im Bestand“ eingereicht werden.

Neben dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zählen der Informationsdienst Holz, die Architekten- und Ingenieurkammern der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, das Holzbauzentrum Schleswig-Holstein, die Fachhochschule Lübeck, die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen sowie das Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt GmbH zu den Kooperationspartnern dieses Projekts.

Nähere Informationen erhalten Interessenten über die Geschäftsführung des Landesbeirats für Forst- und Holzwirtschaft beim Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und das Holzbauzentrum Schleswig-Holstein.

25. Juni 2014/bwvi25a

Stärkung der Innovationsfähigkeit, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, verlässliche Perspektiven für den Hafen

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) wird alle Chancen nutzen, um den Wirtschaftsstandort und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Über die Zukunft entscheiden vor allem die Innovationskraft und die Kreativität der Hamburger Unternehmen. Senator Frank Horch sagt in diesem Zusammenhang: „Wir wollen die entsprechenden Rahmenbedingungen für Unternehmen und Existenzgründungen weiter verbessern. Dafür setzen wir im Kern auf drei Schwerpunkte. Die Stärkung der Innovationsfähigkeit, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung verlässlicher Perspektiven für den Hafen.“

Im Bereich der **Innovationspolitik** wird der Senat insbesondere die clusterorientierte Wirtschaftspolitik ausbauen. Über die Zukunft entscheiden vor allem die Innovationskraft und die Kreativität unserer Unternehmen, in der Industrie ebenso wie im Dienstleistungssektor. Die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg soll in den bekannten Clustern gestärkt werden. Forschung und Entwicklung, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft sind hier besondere Schwerpunkte. Einen großen Teil ihrer Stabilität verdankt die Hamburger Wirtschaft dem Mittelstand. Auch hier gibt es Innovationspotenziale, die in Zukunft noch stärker gefördert werden sollen.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung hat die BWVI ebenfalls Schwerpunkte definiert. Neben der finanziellen Förderung geht es insbesondere um die Unterstützung von Unternehmensansiedlungen sei es durch die Bereitstellung von Gewerbeflächen oder dem Aufbau von Forschungs- und Innovationsparks. Gemeinsam setzen wir in den Schwerpunkten Innovation und Wirtschaftsförderung für 2015/2016 insgesamt über 52 Mio. Euro an.

Hamburg ist das dynamische Herz einer Metropolregion mit fünf Millionen Einwohnern und einem ungebrochenen Wachstumspotenzial. Bedeutende Quellen und Ziele starker Verkehrsströme – wie Hafen und Flughafen – liegen nicht in der Peripherie sondern mitten in der Stadt. Ein wichtiges Thema ist daher eine leistungsfähige Infrastruktur. Senator Frank Horch: „Der **Verkehrsbereich** macht insgesamt den größten Teil des Haushalts der BWVI aus. Wir investieren konsequent in die Straßenerhaltung. Unsere Mittelbereitstellung wird in 2015/2016 in der Größenordnung von 60 Mio. Euro verstetigt. Und wir haben für den Bundesfernstraßenbau die Planungsmittel auf 30 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt, um die finanzielle Grundlage für zügige Ausbauplanungen zu schaffen. Darüber hinaus verbessern wir die Mobilität in der Stadt insgesamt, dies gilt in erster Linie für ÖPNV und Radverkehr. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und auch der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.“

Der **Hafen** ist nach wie vor von besonderer Bedeutung für Hamburg. Die Stadt steht bei der Finanzierung des Hafens vor einem großen Umbruch. In diesem Jahr werden die Mittel aus der so genannten HHLA-Milliarde auslaufen, so dass andere Finanzierungswege gefunden werden müssen.

Der Senat steht zu seiner Verantwortung, weiterhin eine hinreichende Finanzierung des Hafens sicherzustellen. Daher sind neben den Bundeszuweisungen nunmehr 100 Mio. Euro jährlich für Hafeninvestitionen aus dem Haushalt vorgesehen. Diese Mittel dienen unter anderem dem Ausbau und der Ertüchtigung der Hafeninfrastruktur. Das dient der Sicherung von Umschlagswachstum und der Steigerung von Wertschöpfung und Beschäftigung.

Senator Frank Horch: „Wir wollen den Hafen mit Augenmaß in die Zukunft entwickeln. Die Eckpunkte dafür haben wir in unserem Hafenentwicklungsplan definiert. Wer in Zukunft im internationalen Wettbewerb der Seehäfen mithalten will muss auf Qualität, Effizienz und Nachhaltigkeit setzen. Diese Schwerpunkte setzen wir mit unserer Hafenpolitik zum Wohle Hamburgs um.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841 -2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

„Die Hamburg Port Authority“ unterstützt als Mitglied die Nationale LNG Initiative „Maritime LNG Plattform“

Aktiver Umweltschutz und sauberere Transportwege durch LNG

Hamburg, 23. Juni 2014 – Heute wurde in Hamburg anlässlich eines Pressegesprächs im Hamburger Hafen die nationale LNG Initiative „Maritime LNG Plattform“ vorgestellt. Um LNG (Liquefied Natural Gas) als umweltfreundlichen und sicheren Kraftstoff auch in Deutschland zu etablieren, wurde nach niederländischem Vorbild diese LNG Plattform von Industrieunternehmen, Reedereien, Häfen und Initiativen gegründet, um als Dialog- aber auch Sparringspartner der Politik die erforderlichen Schritte zur Markteinführung von LNG aktiv mitzugestalten und voranzubringen.

„Die Hamburg Port Authority (HPA) unterstützt die Plattform, denn sie hat sich zum Ziel gesetzt, den Hamburger Hafen in den nächsten Jahren zum smartPORT zu entwickeln. Smart steht für intelligenten Informationsaustausch, aber auch für eine energetische Neuausrichtung. Die Verfügbarkeit von LNG als Kraftstoff im Hafen ist hier ein wichtiges Teilprojekt“, sagt Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der HPA.

Die konkreten Ziele der Akteure wurden in einer Roadmap niedergelegt:

Roadmap:

- 50 zusätzliche Schiffe in fünf Jahren in deutschen Häfen mit LNG umgerüstet / neu eingesetzt
- Mind. fünf Häfen in Deutschland, die in fünf Jahren die Versorgung mit LNG sicherstellen
- 250 mit LNG versorgte Hafenaufenthalte p.a., die wasserseitig mit LNG Landstrom versorgt werden innerhalb drei Jahren
- Dadurch konkrete Reduzierung der Emissionen von SO_x, NO_x, CO₂ und Feinstaub

Prof. Freerk Meyer, Professor für Maschinenbau, Schiffsantriebe, Schiffsbetriebssysteme Fachbereich Seefahrt der HS Emden Leer erläuterte die Vorteile von LNG und hob die Sicherheit dieses saubereren Kraftstoffes hervor. *„Wir haben uns in unseren Städten daran gewöhnt, dass die Mehrzahl der Haushalte durch Gasleitungen versorgt wird und dadurch einen erheblichen Beitrag zu saubereren Städten leistet, LNG als heruntergekühlter Kraftstoff ist in der Anwendung noch sicherer und hat das Potential, zu einer deutlichen Verbesserung der Luftqualität beizutragen.“*

Mahinde Abeynaike, Geschäftsführer der Bomin Linde LNG GmbH & Co KG, und Vorsitzender der Maritimen LNG Plattform hob den branchenübergreifenden Ansatz der Plattform hervor: *„Das Ziel, eine innovative und umweltfreundliche Technologie zu etablieren, lässt sich nur gemeinsam erreichen. Der Umstand, dass sich in dieser Plattform einerseits Wettbewerber und andererseits Unternehmen auch außerhalb der maritimen Wirtschaft zusammengeschlossen haben, verdeutlicht diesen Ansatz.“*

Dr. Tilmann Greiner, Senior Vice President MAN Diesel & Turbo SE PrimeServ, Hamburg, stellvertretender Vorsitzender der Maritimen LNG Plattform hob die positiven Auswirkungen für die Umwelt hervor: *„Im Vergleich zur herkömmlichen Dieselmotoren werden durch LNG die CO₂ Emissionen um bis zu 30 Prozent, SOx (Schwefeldioxid) Emissionen und Feinstaub um fast 92 % und NOx (Stickstoffoxid) Emissionen um 90 % reduziert. Gerade die erhebliche Feinstaubbelastung durch Schiffe schädigt die Gesundheit der Anwohner Küsten und Hafenstädten.“*

Dr. Peter Blauwhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung der Shell Oil Deutschland GmbH begründete das Engagement seines Unternehmens wie folgt:

„Die Entscheidung seitens Shell der „Maritimen LNG Plattform“ beizutreten ist ein Bekenntnis zu Erdgas als Option für einen sauberen und nachhaltigeren Kraftstoff im Transportsektor. Shell ist bereit und interessiert, sich stärker am Dialog rund um LNG als neuen Kraftstoff für Straßen- und Schiffsverkehr in Deutschland zu beteiligen.“

Knut Gerdes, Abteilungsleiter nautisch-technische Inspektion stellte zwei LNG Projekte der Reederei AG Ems vor: zum einen die aktuelle Umrüstung einer der Borkum Fähren sowie den Neubau einer der Helgolandfähren. Dabei hob er aber auch die Notwendigkeit flächendeckender Betankungsmöglichkeit mit LNG in allen deutschen Häfen hervor.

Zu diesem Zweck, so Ole von Beust, von der mit der Geschäftsführung der Plattform betreuten Ole von Beust Consulting GmbH & Co KG, organsiere die Plattform nach der Sommerpause einen Austausch aller deutschen Hafenstädte unter Beteiligung von Vertretern der Häfen in Oslo und Stockholm, da diese schon seit Jahren über umfangreiche Erfahrungen mit LNG verfügen.

Auch nahm er die Politik in die Verantwortung, neben der Schaffung von Rahmenbedingungen mit eigenem Vorbild voranzugehen. *„Die Festschreibung von LNG im Koalitionsvertrag und die Berücksichtigung in der Mobilitäts -und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung ist ein klares Signal. Dort wo die öffentliche Hand selbst für Schifffahrt verantwortlich ist, sollte sie auch selbst aktiv werden. Boote des Küstenschutzes, der Wasserschutzpolizei aber auch das Forschungsschiff des Bundes sollten mit LNG Antrieb ausgestattet werden, Neubauten gar nicht mehr ohne LNG Antriebstechnik in Auftrag gegeben werden.“*

Gerrit van Tongeren, Generalsekretär der Nationalen LNG Plattform Niederlande stellte die erfolgreiche Arbeit der breit aufgestellten niederländischen LNG Plattform vor und hob hervor, dass eine erfolgreiche Markteinführung von LNG und damit das Ziel saubererer Transportwege nur erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten in der Wirtschaft an einem Strang ziehen und der Politik aus der Praxis heraus die Impulse geben, die zu Schaffung positiver Rahmenbedingungen erforderlich sind.

Georg Ehrmann, in der Ole von Beust Consulting GmbH & Co KG für das Projekt verantwortlich und als Geschäftsführer der Maritimen LNG Plattform gem. § 30 BGB tätig, betonte abschließend die Notwendigkeit, weitere Mitglieder gerade auch aus der nicht maritimen Wirtschaft zum Mitmachen zu motivieren. *„Die Verbraucher erwarten bei den Produkten immer mehr Nachhaltigkeit, setzen sich mit Umwelt- und Sozialstandards auseinander. Die Frage, wie die Waren nach Deutschland transportiert werden – ob weiterhin mit erheblicher Luftverschmutzung und den jüngst wieder nach nachgewiesenen erheblichen Gesundheitsschädigungen durch Feinstaub, oder mittels einer umweltfreundlichen Technik, die verfügbar ist, sollte auch die Anbieter von Konsumgütern in*

Deutschland aufgreifen und sich nach niederländischem Vorbild aktiv an der Markteinführung von LNG beteiligen – sie sind herzlich eingeladen, Mitglied der nationalen LNG Initiative zu werden“.

Unter www.lng-info.de und in der Anlage „Informationen zur Maritimen LNG Plattform“ erhalten Sie weitergehende Informationen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Georg Ehrmann gerne unter 0170/1600732 und ehrmann@lng-info.de zur Verfügung.

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafen-spezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr.

www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

25. Juni 2014/fb25

Senat beschließt Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2015/2016 und Finanzplanung bis 2018

Der Senat hat seine Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2015/2016 und zur Finanzplanung bis 2018 abgeschlossen. Die bisherigen Linien der Finanzplanung des Senats mit einer schrittweisen Verminderung des Finanzierungsdefizits und der Nettokreditaufnahme werden fortgeführt.

Der Haushaltsplanentwurf hält die Vorgaben des Finanzrahmengesetzes ein, das Obergrenzen für den bereinigten Finanzmittelbedarf der Behörden festlegt. Der bereinigte Finanzmittelbedarf des Gesamthaushalts, der sich 2014 auf 9.816 Mio. Euro beläuft, beträgt 9.859 Mio. Euro für das Jahr 2015 und 9.907 Mio. Euro für 2016.

Gesamthaushalt der FHH (Mio. €)	2014	2015	2016	2017	2018
Finanzierungssaldo	- 359	- 231	- 112	+ 16	+ 191
Bereinigter Finanzmittelbedarf	9.816	9.859	9.907	9.952	9.999

Die Kreditaufnahme soll 2015 auf 231 Mio. Euro und 2016 auf 112 Mio. Euro zurückgehen. Ab 2017 sind auch bei vorsichtiger Planung der Steuereinnahmen positive Finanzierungssalden und Nettotilgungen möglich.

Hintergrund:

Erstmalig werden im Haushalt der Stadt Hamburg auch alle nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge nach kaufmännischen Grundsätzen erfasst und dargestellt. Hierzu gehören insbesondere Abschreibungen auf Investitionsgüter von 695 Mio. Euro (2015) bzw. 730 Mio. Euro (2016) sowie Zuführungen zu Pensionsrückstellungen von 549 Mio. Euro (2015) bzw. 554 Mio. Euro (2016). Insgesamt ergibt sich bei dieser umfassenden Betrachtung der Vermögensentwicklung ein doppischer Fehlbetrag von 1,6 Mrd. Euro für 2015, der in den Folgejahren nach den Vorgaben des SNH-Gesetzes pro Jahr um 180 Mio. Euro verringert werden muss.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
 Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
 E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

23. Juni 2014/jb23

Justizsenatorin Jana Schiedek will Stiftungsrecht überarbeiten

Mehr Gestaltungsfreiheit für Stifterinnen und Stifter

Justizsenatorin Jana Schiedek unternimmt auf der 85. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 25. bis 26. Juni im Ostseebad Binz auf Rügen einen Vorstoß das Stiftungsrecht zu überarbeiten. Zentrale Aspekte sind mehr Gestaltungsfreiheit für Stifterinnen und Stifter, mehr Transparenz für Stiftungen und eine größere Flexibilität bei der Bildung von Rücklagen.

„Stiftungen machen unser Land lebenswerter. Hinter jeder Stiftung stehen Menschen, die sich in besonderer Weise für das Gemeinwohl einsetzen. Wir wollen die Attraktivität gemeinnütziger Stiftungen erhöhen und gleichzeitig für mehr Akzeptanz von Stiftungen in der Gesellschaft sorgen. Es gilt das bürgerschaftliche Engagement von Stifterinnen und Stiftern noch besser als bisher zu stärken und zu würdigen“, sagte Justizsenatorin Jana Schiedek.

In Hamburg sind bundesweit mit Abstand die meisten Stiftungen angesiedelt. Derzeit gibt es in der Hansestadt 1.312 Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von knapp 8 Milliarden Euro. Auf den weiteren Plätzen folgen München mit knapp 900 und Berlin mit über 800 Stiftungen. Bundesweit gab es nach Angaben des Bundesverbands Deutscher Stiftungen Ende 2013 rund 20.000 Stiftungen.

Nach dem Willen der Senatorin soll den Stifterinnen und Stiftern zu Lebzeiten mehr Gestaltungsfreiheit eingeräumt werden. „Wir wollen lebenden Stifterinnen und Stiftern ermöglichen, dass sie ihren einmal festgelegten Stiftungszweck ändern können“, sagt Justizsenatorin Jana Schiedek. Bisher kann der Zweck einer einmal errichteten Stiftung auch zu Lebzeiten des alleinigen Stifters nachträglich praktisch nicht abgeändert werden. Das ist für lebende Stifterinnen und Stifter häufig schwer zu akzeptieren.

Darüber hinaus sollen Stiftungen transparenter werden. „Die Öffentlichkeit gewährt gemeinnützigen Stiftungen steuerliche Vorteile. Deswegen sollte besser als bisher nachvollzogen werden können, was mit dem Geld passiert“, begründet Jana Schiedek den Vorstoß. Ihr schwebt deshalb vor, dass Stiftungen mit jährlichen Erträgen von mehr als 250.000 Euro im Jahr ihren Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichen. Darüber hinaus sollen Regelungen zur Vergütung der Vorstände der Stiftungen verpflichtend in die Stiftungssatzung aufgenommen werden.

Zur Absicherung von Stiftungen erachtet die Senatorin eine weitere Flexibilisierung der steuerrechtlichen Vorgaben für wichtig. Damit Stiftungen ihre Zwecke auch in Zeiten niedriger

Ertragslage erfüllen können, sollen sie in Zeiten guter Ertragslage höhere Rücklagen bilden dürfen, um in wirtschaftlich schlechteren Zeiten darauf zurückgreifen zu können. Zudem sollen sich kleinere Stiftungen künftig besser mit anderen Stiftungen zusammenschließen können, um ihre Ziele besser zu erreichen.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt,
Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953
E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

25. Juni 2014/jb25

Justizminister wollen Stiftungsrecht überarbeiten

Mehr Gestaltungsfreiheit für Stifterinnen und Stifter

Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich heute im Rahmen der Justizministerkonferenz im Ostseebad Binz darauf verständigt, das Stiftungsrecht zu modernisieren. Zentrale Aspekte der Hamburger Initiative sind mehr Gestaltungsfreiheit für Stifterinnen und Stifter, mehr Transparenz für Stiftungen und eine größere Flexibilität bei der Bildung von Rücklagen. Im Rahmen einer Bund-Länder Arbeitsgruppe sollen nun konkrete Regelungsvorschläge erarbeitet werden.

„Wir wollen die Attraktivität gemeinnütziger Stiftungen erhöhen und für mehr Akzeptanz von Stiftungen in der Gesellschaft sorgen. Stiftungen machen unser Land lebenswerter. Hinter jeder Stiftung stehen Menschen, die sich in besonderer Weise für das Gemeinwohl einsetzen. Dieses Engagement wollen wir stärken“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Nach dem Willen der Senatorin sollen Stiftungen transparenter werden. „Die Öffentlichkeit gewährt gemeinnützigen Stiftungen steuerliche Vorteile. Deswegen sollte besser als bisher nachvollzogen werden können, was mit dem Geld passiert“, sagt Jana Schiedek. Ihr schwebt vor, dass Stiftungen mit jährlichen Erträgen von mehr als 250.000 Euro im Jahr ihren Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichen. Darüber hinaus sollen Regelungen zur Vergütung der Vorstände der Stiftungen verpflichtend in die Stiftungssatzung aufgenommen werden.

Die Stifterinnen und Stifter sollen zudem mehr Gestaltungsfreiheit erhalten. „Wir wollen lebenden Stifterinnen und Stiftern ermöglichen, dass sie ihren einmal festgelegten Stiftungszweck ändern können“, sagt Justizsenatorin Jana Schiedek. Bisher kann der Zweck einer einmal errichteten Stiftung auch zu Lebzeiten des alleinigen Stifters nachträglich praktisch nicht abgeändert werden. Das ist für lebende Stifterinnen und Stifter häufig schwer zu akzeptieren.

Zur Absicherung von Stiftungen in Zeiten niedriger Zinsen erachtet die Senatorin eine weitere Flexibilisierung der steuerrechtlichen Vorgaben für wichtig. Damit Stiftungen ihre Zwecke auch in

Zeiten niedriger Ertragslage erfüllen können, sollen sie in guten Zeiten höhere Rücklagen bilden dürfen.

In Hamburg sind bundesweit mit Abstand die meisten Stiftungen angesiedelt. Derzeit gibt es in der Hansestadt 1.312 Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von knapp 8 Milliarden Euro. Auf den weiteren Plätzen folgen München mit knapp 900 und Berlin mit über 800 Stiftungen. Bundesweit gab es nach Angaben des Bundesverbands Deutscher Stiftungen Ende 2013 rund 20.000 Stiftungen.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt,

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

26. Juni 2014/jb26

Justizministerinnen und Justizminister vereinbaren verstärktes Vorgehen gegen Cybermobbing

Strafrechtlicher Schutz der Opfer soll verbessert werden

Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich im Rahmen der jährlichen Justizministerkonferenz im Ostseebad Binz heute darauf verständigt, verstärkt gegen Cybermobbing vorzugehen. Zentrale Aspekte der Hamburger Initiative sind ein verbesserter strafrechtlicher Schutz der Opfer und effektivere Melde- und Löschmechanismen in Sozialen Netzwerken. Sie haben den Bundesjustizminister gebeten zu prüfen, durch welche konkreten Maßnahmen der strafrechtliche Schutz der Opfer verbessert werden kann.

„Cybermobbing unter Jugendlichen und Erwachsenen nimmt immer weiter zu. Präventionsarbeit ist und bleibt der wichtigste Ansatz, um Cybermobbing einzudämmen. Wir müssen aber auch die Opfer strafrechtlich besser schützen. Es klafft eine Lücke zwischen dem geringen Unrechtsbewusstsein der Täter und den oft gravierenden Folgen für die Opfer. Wir brauchen ein deutliches Signal gegen Cybermobbing. Ehr- und Persönlichkeitsverletzungen im Internet haben eine andere Wirkung, als sie der Gesetzgeber vor rund 150 Jahren vor Augen hatte. Sie werden von viel mehr Menschen wahrgenommen, sind häufig unbegrenzt abrufbar und sind oft viel verletzender als im direkten Kontakt. Das gilt besonders, wenn sie mit intimen Bildern oder Filmen angereichert werden“, sagt Justizsenatorin Jana Schiedek.

Weiter appellieren die Justizministerinnen und Justizminister an die Betreiber sozialer Netzwerke, ihrer Verantwortung noch stärker gerecht zu werden. Sie können zum Beispiel durch Hilfe- und Beratungsteams sowie kurzfristig wirkende Melde- und Löschmechanismen den Schutz von Opfern verbessern.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt,

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

25. Juni 2014/kb25

Festival „Spurensuche“ im Fundus Theater

Freie Kinder- und Jugendtheaterszene trifft sich seit 1992 erstmals wieder in Hamburg

Vom 25. bis 29. Juni findet im Fundus Theater das Theatertreffen „Spurensuche“ der freien Kinder- und Jugendtheaterszene statt. Nach dem ersten Festival „Spurensuche“ 1992 auf Kampnagel kehrt das Festival nun nach über 20 Jahren nach Hamburg zurück. Das Festival der Assitej (Association Internationale du Théâtre pour l'Enfance et la Jeunesse), dass alle zwei Jahre in unterschiedlichen deutschen Städten stattfindet, versteht sich als Plattform für aktuelles freies deutschsprachiges Theater für Kinder und Jugendliche und als Arbeitstreffen der freien Szene. Neben den Vorstellungen werden daher Workshops, Vorträge und Inszenierungsgespräche angeboten.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Spurensuche ist eines der wichtigsten Treffen des Freien Kinder- und Jugendtheaters. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird beim Festival «Spurensuche» die Möglichkeit geboten, sich gemeinsam über neue künstlerische Wege auszutauschen und solche zu entwickeln. Das Fundus Theater und die lebendige Hamburger Kinder- und Jugendtheaterszene sind genau die richtigen Gastgeber, um der Szene mit dem Festival Spurensuche neue Impulse zu geben.“

Die Assitej ist eine internationale Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche, deren Ziel die Erhaltung, Entwicklung und Förderung des Kinder- und Jugendtheaters innerhalb der einzelnen Länder sowie die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ist. Etwa 120 Theatermacher treffen sich eine Woche zu einem intensiven Austausch über Qualität, Inhalte, Arbeitsformen und Strukturen. Zudem zeigen zahlreiche Freie Kinder- und Jugendtheater im Rahmen von „Spurensuche“ ihre aktuellen Inszenierungen. Das Festival wird unter anderem von der Kulturbehörde über den Elbkulturfonds mit 80.000 Euro unterstützt.

Weitere Infos unter: <http://www.spurensuche-theatertreffen.de/>

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

PRESSEINFORMATION

Neubauwohnprojekt startet im Harburger Binnenhafen

Grundsteinlegung IBA-Projekt „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“

Für einen weiteren Baustein im Harburger Binnenhafen als urbaner Wohnstandort wird der Grundstein gelegt: In maritimer Lage am Kaufhauskanal und gegenüber der Harburger Altstadt entsteht in zwei Bauabschnitten ein neues Wohnquartier mit 122 Wohneinheiten auf einer Grundstücksfläche von 11.500 m². Der attraktive Standort mit Wasserlage und guter Verkehrsanbindung weist einen besonderen historischen Flair auf, denn denkmalgeschützte und zu bewahrende Speicher- und Hafengebäude sowie Wohngebäude säumen den Straßenrand der historischen Harburger Schloßstraße.

Hamburg, 26. Juni 2014 – Im Harburger Binnenhafen vollzieht sich seit Jahrzehnten ein nachhaltiger Strukturwandel. Nach dem Rückzug der hafengebundenen Industrie und darauf folgenden gezielten Ansiedlung von Hightech- und Dienstleistungsbetrieben wurde der Standort zu einem beliebten Bürostandort. Die Entwicklung im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg 2006 – 2013 von sechs Neubauvorhaben mit fast 400 Wohnungen im südlichen Binnenhafen und auf der Schloßinsel fördern diese Entwicklung nachhaltig. Ein weiterer Bestandteil war die Schaffung von öffentlich zugänglichen Ufern und einer neuen Parkanlage. Diese Projekte geben beispielhafte Antworten für das Miteinander von Wohnen und Arbeiten.

Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau: „Im Rahmen der IBA geplant, steht das Projekt „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ für den ungebrochenen Entwicklungsimpuls, den die Elbinseln und das Areal rund um den Harburger Binnenhafen durch die Internationale Bauausstellung bekommen haben. Hier wird der Wandel sichtbar, der Hamburg an vielen Stellen attraktive und interessante neue Quartiere für Wohnen und Arbeiten in unmittelbarer Nähe zu Hafenbecken, Kanälen, Fleeten und Flüssen auch in Zukunft beschern wird. Mit Beispielen wie diesen, die durch die interessante Architektur und abwechslungsreiche Gestaltung der Außenbereich bestechen, nutzt Hamburg sein maritimes Potenzial.“

„Mit den IBA-Projekten im Harburger Binnenhafen setzt die IBA Hamburg einen weiteren Lösungsvorschlag für die Entwicklung von Metrozonen um, bei denen das „Sowohl als auch“ im Mittelpunkt steht. Hier gilt es, ein verträgliches Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten zu entwickeln. Mit „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ entsteht ein städtebaulich attraktives Projekt in diesem Sinne, dass hochwertigen Wohnraum mit 122 Wohneinheiten schafft“, so **Uli Hellweg, IBA-Geschäftsführer**.

Bis Ende 2015 entstehen im ersten Bauabschnitt 61 Eigentumswohnungen, mit einer Bruttogeschossfläche von rd. 8.100 m². Der Entwurf der Bjarke Ingels Group, BIG aus Kopenhagen, die den Entwurf in Zusammenarbeit mit dem Büro Topotek 1 Landschaftsarchitekten aus Berlin erarbeiteten, sieht ein Dutzend kubenhafter Gebäude mit ungewöhnlicher Dachform vor. Originell ist auch die Gestaltung der verschiedenförmigen Freiräume zwischen Kanal und historischen Fachwerkhäusern. Der Entwurf ging als Erstplatzierte aus einem Gutachterverfahren hervor, der die

Eigenheiten des Standortes unterstreicht, aber auch exemplarische Lösungen für vergleichbare Gebiete liefern sollte. Das Konzept überzeugt, da es auf die gewerblich geprägte Nachbarschaft und die Verkehrsachsen reagiert. Durch die markanten Dachformen der Häuser, bei denen anders als beim klassischen Satteldach die Firstlinie diagonal über die gesamte Grundfläche verläuft, entstehen hohe Gebäudekanten, die einen maximalen Schutz zu den lärmbelasteten Seiten bieten. Alle Gebäude sind zwar in der Fassade gleich, variieren jedoch in der Größe ihrer Grundrisse. In der Regel befinden sich jeweils drei Wohnungen in jedem der fünf Geschosse, die alle über eine Terrasse und großzügige Wohnküche verfügen. Die Fahrzeuge der Bewohner finden Platz in der Tiefgarage, so dass die Freiflächen autofrei bleiben.

Auch für den zweiten Bauabschnitt plant Behrendt Wohnungsbau die Realisierung der nächsten 61 Wohneinheiten.

Eine besondere Bedeutung bekommt dem Standort aber auch als historische Keimzelle Harburgs zu: „Die Grabung am Kaufhauskanal ist für die Archäologen wie Lesen in einem spannenden Geschichtsbuch unter der Erde, denn das Gebiet um das Harburger Schloss birgt ein für Hamburg einzigartiges Bodendenkmalensemble. Hier begann vor über 1.000 Jahren die Entwicklung Harburgs von der Burg zur Stadt. Hier lag das historische Harburg, hier befanden sich das erste Rathaus und der älteste Hafen“, so **Prof. Dr. Rainer-Maria Weiss**, Direktor des Archäologischen Museums und Landesarchäologe von Hamburg.

Dr. Jan Behrendt, geschäftsführender Gesellschafter Behrendt Wohnungsbau: „Die idyllische Lage am Kaufhauskanal und die Nachbarschaft zum Channel Hamburg vis à vis der Harburger Altstadt begeistern uns. Mit ihrem schachbrettartigen städtebaulichen Entwurf und ihrer skulpturalen Formensprache gelingt es den dänischen Architekten, die Nachbarschaft der alten, windschiefen und denkmalgeschützten Fachwerkhäuser auf beeindruckende Weise neu zu interpretieren und den traditionsreichen und aufstrebenden Harburger Binnenhafen um eine weitere Attraktion zu bereichern.“

Aktuelles Bildmaterial und Visualisierungen finden Sie unter folgendem Link:

<http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Code: [gxbUiJ3Z](#)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH

Anke Hansing, Pressesprecherin, anke.hansing@iba-hamburg.de, Tel.: 040 / 226 227 330

Rahel-Katharina Hermann, rahel.hermann@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 203

oder an presse@iba-hamburg.de

Behrendt Wohnungsbau KG (GmbH & Co.)

Martina Rieckmann, Pressesprecherin, m.rieckmann@behrendt-wohnungsbau.de, Tel.: 040 / 38 02 19 -

715

Terminkalender

Vom 30. Juni bis 5. Juli 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 30.06.2014

- 08:45** IKEA Altona, Große Bergstraße 164
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Eröffnungsfrühstücks für die neue IKEA-Filiale in Hamburg-Altona** ein Grußwort.
- 12:00** St. Marien-Dom
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der feierlichen **Einführung von Stephan Dreyer als neuen Diözesancaritasdirektor für das Erzbistum Hamburg** ein Grußwort.
- 15:00** Luruper Hauptstraße 247 / Brooksheide
Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Richtfest „Fama – Wohnen mit Service“** ein Grußwort.
- 16:30** KWB e.V., Haus der Wirtschaft, Kapstadtring 10
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich der **Abschlussveranstaltung des Projekts „Mit Frauen an die Spitze“** ein Grußwort.
- 20:30** Bait-ur-Rasheed-Moschee, Pinneberger Straße 46
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Iftar-Empfangs der Ahmadiyya Muslim Jamaat** ein Grußwort.

Dienstag, den 01.07.2014

- 14:00** Südring 36, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Abschlussveranstaltung „Werdenfelser Weg – Leben mit Behinderung“** ein Grußwort.
- 18:30** Julius-Leber-Forum, Rathausmarkt 5
Senator Detlef Scheele hält einen Vortrag und nimmt an einer Diskussion anlässlich der **Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung „Fachkräfte gesucht! Zuwanderer willkommen!“** teil.
- 18:30** Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart, Invalidenstraße 50 – 51, Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am **Sommerfest des BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.)** teil.

Mittwoch, den 02.07.2014

- 13:30** Ehemaliges Hauptzollamt, Alter Wandrahm 19-20
Senator Detlef Scheele nimmt am **Regionalforum „Zukunft sichern – Arbeit gestalten“ der Initiative Neue Qualität der Arbeit und des Deutschen Demografie Netzwerks** teil.
- 14:00** BSU, Neuenfelder Straße 19, Konferenzzentrum
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Auftaktveranstaltung „Anpassung an den Klimawandel – Was muss die Zivilgesellschaft tun?“** ein Grußwort.

- 18:00** HSH Nordbank, Gerhard-Hauptmann-Platz 50
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Diskussionsveranstaltung „Die Zukunft des Welthandels“ der HSH-Nordbank-Mittelstandsinitiative „Unternehmer Positionen Nord“** die Keynote.
- 19:30** Katholische Akademie, Herrengraben 4
Senator Detlef Scheele spricht beim **Abendempfang der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband** ein Grußwort.

Donnerstag, den 03.07.2014

- 09:00** Berlin, Bundestag
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **Gedenkveranstaltung zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren** teil.
- 11:00** Gästehaus der niedersächsischen Landesregierung, Luerstraße 5, 30175 Hannover
Senator Frank Horch und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen am **3. Hafenentwicklungsdialo g 2014** teil. Teilnehmer sind die Länder Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.
- 11:00** Schule Lämmersieth, Lämmersieth 72
Senator Ties Rabe und der Erziehungsminister der Republik Türkei, Nabi Avcı, unterzeichnen ein **Kooperationsprotokoll zwischen der Republik Türkei und der Freien und Hansestadt Hamburg zur Fortführung der bilingualen deutsch-türkischen Schulzüge** in Hamburg.
- 12:00** Marriott Hotel, Potsdamer Platz, Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an einer **Diskussionsrunde im Rahmen des Innovationskongresses der Deutschen Hochschulmedizin** teil.
- 18:00** Stadtteilschule Lurup, Luruper Hauptstraße 131
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Feier des ersten Abiturientenjahrganges** der Schule ein Grußwort.
- 19:00** Imtech-Arena, Sylvesterallee 7
Senator Michael Neumann gibt den **Startschuss für den diesjährigen B2Run**.

Freitag, den 04.07.2014

- 09:00** Landesvertretung Berlin, Jägerstraße 1 – 3, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Vorstellung des Jahrbuchs 2014 „Stadt-Land-Wohnen – bezahlbar und zu Hause“ des Bundes Deutscher Baumeister (BDB)** die Keynote.
- 10:00** Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Rauchstraße 17, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an einer Sitzung der **Projektgruppe Internationale Luftfahrt politik zur Umsetzung der deutschen Luftfahrtstrategie** teil und führt in die Thematik ein.
- 10:30** Treffpunkt: Hamburg Cruise Center Altona (CC2), Van-der-Smissen-Straße 5
Senator Frank Horch spricht beim ersten **Spatenstich für das dritte Kreuzfahrtterminal** am Kronprinz kai.
- 11:00** Schule Langbargheide, Langbargheide 40
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Einweihung der Mehrzweckhalle der Schule Langbargheide** ein Grußwort.

20:30 DITIB, Borstelmannsweg 68
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht zum **Iftarempfang der islamischen Religionsgemeinschaft DITIB Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.** ein Grußwort.

Samstag, den 05.07.2014

14:30 Mövenpick Hotel, Sternschanze 6
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich der **Jubiläumsfeier der Apothekergewerkschaft ADEXA** ein Grußwort

16:00 Poppenbütteler Chaussee 17
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Einweihung des Feuerwehrhauses Duvenstedt** ein Grußwort.

Sonntag, den 06.07.2014

09:30 Regattastrecke Allermöhe, Allermöher Deich 36
Senator Michael Neumann nimmt am **Ehrengastempfang anlässlich der Deutschen Meisterschaft im Freiwasserschwimmen** teil.

17:30 Galopprennbahn Hamburg-Horn, Rennbahnstraße 96
Senator Michael Neumann besucht das **Hauptrennen des IDEE 145. Deutschen Derbys**.